

# niedersachsen magazin

3

März 2026 • 88. Jahrgang

dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen



Seite 2 <

Alles zum Tarifabschluss der Länder

Seite 4 <

Aktionen aus dem Norden

Seite 8 <

Anhörung mit dem dbb niedersachsen im Landtag



## Ein Abschluss mit Wirkung – aber ohne echten Systemwechsel

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen,

als am 14. Februar in Potsdam die Verhandlungen zum TV-L beendet wurden, überwogen nach der dritten, zähen Runde Müdigkeit und Erschöpfung.

Hinter uns lagen intensive Wochen – mit Aktionen, Demonstrationen und aktiven Mittagspausen auch in Niedersachsen.

In Hannover haben wir trotz widriger Bedingungen ein starkes Signal gesetzt. Eisregen verhinderte vielerorts die Anreise mit angemieteten Bussen – und dennoch versammelten sich rund 1.000 Kolleginnen und Kollegen auf dem Ernst-August-Platz. Dieser Einsatz an allen Orten in Niedersachsen in den vergangenen Wochen und Monaten verdient ausdrücklichen Dank an alle Beteiligten.

### ■ Aktionen sind zentraler Baustein für die Rückendeckung

So möchte ich mich für eben diesen Einsatz und dieses Engagement an dieser Stelle bei allen Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich bedanken und gleichzeitig betonen, dass diese Signale maßgeblich dafür sind, um überhaupt mit einer gewissen Form der Rückendeckung in Verhandlungen einzusteigen und dem Arbeitgeber zu zeigen, dass dieser öffentliche Dienst mit seiner derzeitigen Situation nicht zufrieden ist und nicht zufrieden sein kann.

Die Aktionen, die wir selbstverständlich auch für die Zukunft noch weiter analysieren und optimieren werden, sind der zentrale Baustein für die Rückendeckung und den Fingerzeig in Richtung der Arbeitgeber.

### ■ Das Tarifergebnis scheidet die Geister

Das in Potsdam vereinbarte Ergebnis zum TV-L 2026 ist aus Sicht des dbb beamtenbund und tarifunion ein Fortschritt – aber kein großer Wurf. Verhandlungen enden stets in Kompromissen. Das ist Realität. Dennoch bleibt ein Beigeschmack: Die Chance auf eine echte strukturelle Angleichung an den TVöD wurde seitens der Arbeitgeber erneut vertan.

Die lineare Erhöhung von 5,8 Prozent entspricht zwar dem Abschluss im Bund und in den Kommunen, doch durch zusätzliche Leermonate fällt der Länderbereich faktisch wieder zurück. Eine formale Gleichheit ersetzt keine tatsächliche Gleichstellung und genau dies ist, auch nach den zahlreichen Bekundungen der Landespolitikerinnen und -politiker in der vergangenen Zeit, der traurige Beigeschmack. Offensichtlich ist, zumindest im Bundesländer-Vergleich, den handelnden Akteuren auf der Arbeitgeberseite nicht bewusst, dass durch den zunehmenden Rückfall der Benchmark-Prozess zwischen den drei verschiedenen Säulen des öffentlichen Dienstes sich noch mehr zum Nachteil der Länder entwickeln wird und die daraus resultierenden dramatischen Entwicklungen offensichtlich noch nicht bei allen angekommen sind.

Freudentänze sind aus meiner Sicht daher unangebracht – Frustration und Niedergeschlagenheit aber genauso. In wirtschaftlich angespannten Zeiten mit Haushaltsengpässen und wachsendem Fachkräftemangel ist jeder reale Einkommenszuwachs ein Schritt. Aber die strukturellen Defizite bleiben eben bestehen.

Positiv sind die tabellenwirksamen Entgeltsteigerungen und die soziale Komponente, die untere und mittlere Entgeltgruppen stärkt. Gleichwohl hätte es auch hier ein deutlicheres Signal gebraucht. Gerade in diesen Gruppen ist der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft besonders intensiv. Ohne nachhaltige Verbesserungen droht weiterer Attraktivitätsverlust.

Zudem erfolgt die Entlastung zeitlich verzögert und wird durch Inflation sowie steigende Sozialabgaben relativiert. Ein nachhaltiger Ausgleich der Kaufkraftverluste der vergangenen Jahre gelingt nur in Ansätzen. Für die anstehenden Besoldungsgespräche gilt deshalb klar: Der öffentliche Dienst braucht Planungssicherheit – strukturell wirksam und dauerhaft, nicht als Einmaleffekt.

### ■ Wettbewerbsfähigkeit bleibt die Kernfrage

Die Arbeitgeberseite – vertreten durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder – verweist regelmäßig auf angespannte Haushaltslagen. Doch dauerhaftes Sparen bei der Bezahlung ist kurzsichtig. Bereits heute fehlen Zehntausende Fachkräfte in Schulen, Hochschulen, Justiz, IT und Verwaltung.

Ein moderner Staat konkurriert nicht nur mit anderen Arbeitgebern, sondern mit flexiblen Arbeitsmodellen, schnelleren Karrierewegen und attraktiveren Rahmenbedingungen der Privatwirtschaft. Das Tarifergebnis 2026 stabilisiert – es begeistert nicht. Für eine echte Trendwende reicht das nicht aus.

### ■ Der Abschluss beseitigt nicht die zentralen Baustellen des TV-L:

- > unzureichende Differenzierung in einzelnen Berufsgruppen
- > strukturelle Konkurrenz Nachteile gegenüber dem TVöD
- > Reformbedarf bei der Entgeltordnung
- > fehlende zeitgemäße Arbeitszeitmodelle

Ein moderner Tarifvertrag darf sich nicht im Inflationsausgleich erschöpfen. Er muss Perspektiven eröffnen – für Nachwuchskräfte



> Alexander Zimbehl,  
1. Landesvorsitzender

© dbb niedersachsen



ebenso wie für erfahrene Spezialistinnen und Spezialisten. Hier besteht weiterhin deutlicher Nachholbedarf.

### ➤ Stabilisierung ja – Zukunftsstrategie nein

Der Abschluss TV-L 2026 ist kein schlechter, aber ein begrenzter Abschluss. Er zeigt, dass auch unter schwierigen Bedingungen Ergebnisse möglich sind. Aus Sicht des dbb ist er jedoch vor allem eine Stabilisierung – kein strategischer Aufbruch.

Die Länder stehen vor gewaltigen Aufgaben: Digitalisierung, Bildungsqualität, innere Sicherheit, Energiewende. Diese Herausforderungen lassen sich nur mit einem leistungsfähigen, motivierten öffentlichen Dienst bewältigen. Dafür braucht es mehr als solide Tarifrunden – es braucht eine langfristige Personalstrategie.

Der TV-L-Abschluss kann ein Baustein sein. Die eigentliche Reformagenda steht weiterhin aus.

### ➤ Übertragung auf Beamtinnen und Beamte ist Pflicht

Für den dbb niedersachsen und die jeweils beteiligten Landesbünde ist klar: Das Tarifiergebnis muss zeit- und wirkungsgleich auf Beamtinnen, Beamte sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger übertragen werden. Alles andere würde das Alimentationsprinzip infrage stellen und neues Konfliktpotenzial schaffen.

Die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung im Land Berlin unterstreicht die verfassungsrechtliche Dimension. Amtsgemessene Alimentation ist keine politische Option, sondern Verpflichtung. Wer Loyalität und Leistungsbereitschaft erwartet, muss Verlässlichkeit gewährleisten.

Unabhängig davon hinkt Niedersachsen im Besoldungsvergleich zu den meisten anderen Bundesländern nach wie vor deutlich hinterher. Unabhängig von einer nicht absehbaren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung in Niedersachsen ist allein schon deshalb eine inhalts- und wirkungsgleiche Übertragung bereits Pflicht, um nicht noch weiter im Vergleich abzurutschen.

### ➤ Verfassungstreue im öffentlichen Dienst Niedersachsen

Parallel zu den Tarifverhandlungen prägten in Niedersachsen Debatten um Änderungen des Disziplinarrechts sowie die Bewertung der Alternative für Deutschland als Beobachtungsfall die öffentliche Diskussion.

Unsere Haltung ist eindeutig: Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst keinen Platz. Wer nicht fest auf dem Boden des Grundgesetzes steht, kann diesem Staat nicht dienen.

Ebenso klar ist aber: Pauschales Misstrauen gegenüber der Beamtenschaft weisen wir entschieden zurück. Ein Generalverdacht ist weder gerechtfertigt noch belegbar. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände des öffentlichen Dienstes sind sich in dieser Frage im Übrigen absolut einig und haben dieses auch an verschiedenen Stellen gemeinsam klar zum Ausdruck gebracht – klares Nein zu verfassungsfeindlichen Bestrebungen. Doch Verfahren müssen rechtsstaatlich bleiben, individuelle Rechte wahren und den Kritikern politischen Handelns nicht noch zusätzlich in die Karten spielen.

Was wir nicht zulassen dürfen, ist ein Klima der Verdächtigung und des Misstrauens. Die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten haben sich in ihrer überwältigenden Mehrheit durch vorbildliches, rechtsstaatliches Handeln ausgezeichnet. Es gibt keinen Anlass, öffentlich ein gegenteiliges Bild zu zeichnen.

Überlegungen, bei bloßen – bislang nicht einmal klar definierten – Verdachtsfällen körperliche Untersuchungen vorzusehen, lehnen wir ab. Rechtsstaatlichkeit bedeutet Verhältnismäßigkeit.

Gleichzeitig müssen wir gemeinsam mit der Landespolitik Wege finden, Bewerberinnen und Bewerber vor der Einstellung sorgfältiger auf ihre Verfassungstreue zu prüfen. Erste Ansätze aus dem Innenministerium konnten uns nicht überzeugen. Hier bedarf es eines tragfähigen, rechtssicheren und praktikablen Konzepts. Der dbb niedersachsen steht der Landespolitik auch in dieser Frage weiterhin als vertrauensvoller und rechtssicherer Partner zur Seite – gleichwohl haben wir die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen sowie die Grundsätze der Mitbestimmung weiter fest im Blick und werden uns genau für diese Elemente einsetzen.

Ziel und Grundhaltung teilen wir also mit der Politik. Doch der Weg dorthin muss von Vertrauen, Augenmaß und verfassungsrechtlicher Klarheit geprägt sein. In politisch angespannten Zeiten ist das wichtiger denn je. Andernfalls wachsen die Sorgen um Zustand und Zukunft unseres öffentlichen Dienstes weiter.

Ihr/Euer

Alexander Zimbehl

## Impressum

**Herausgeber:** dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.dbb-niedersachsen.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Goronczy (Landesgeschäftsführerin), Vanessa Bucceri, Lia Napierski. **Redaktionsschluss:** 23.02.2026. **Verantwortlich für den Inhalt:** Alexander Zimbehl, Raffaelstraße 4, 30177 Hannover. Beiträge mit Autorengabe stellen nicht unbedingt die Meinung des dbb beamtenbund und tarifunion niedersachsen dar.

**Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Titelfoto:** © dbb nds

**Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Daniela Ingenpaß.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen, **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 30, gültig ab 1.1.2026.

**Bezugsbedingungen:** Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



## Großdemonstration in Hannover: rund 1.000 Beschäftigte trotz Eis und Glätte auf der Straße

Trotz eisiger Temperaturen und glatter Straßen haben sich am 4. Februar 2026 rund 1.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Hannover an der Demonstration des dbb niedersachsen beteiligt. Der Protestzug führte vom Schützenplatz in Hannover zum Ernst-August-Platz direkt vor dem Hauptbahnhof in Hannover, wo anschließend eine Kundgebung stattfand.

Dort sprachen unter anderem der dbb Bundesvorsitzende Volker Geyer sowie der 1. Landesvorsitzende des dbb niedersachsen, Alexander Zimbehl, zu den Teilnehmenden. Beide machten deutlich, dass der öffentliche Dienst dringend attraktive Einkommen braucht, um handlungsfähig zu bleiben. Geyer betonte: „Ohne uns ist kein Staat zu machen!“ Zimbehl forderte erneut die vollständige Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen.

Alexander Zimbehl zeigte sich beeindruckt von der hohen Beteiligung: „Gerade angesichts von Glatteis und widrigen Wetterbedingungen ist es ein starkes Zeichen, dass so viele Kolleginnen und Kollegen gekommen sind.“

Larissa Bozcek, Beauftragte für Frauen und Gleichstellungsangelegenheiten der GeNi, wies in ausdrucksstarker Weise auf die Unvereinbarkeit von Beruf und Familie insbesondere für Frauen besonders in dem Bereich der

Pflege hin. Sie berichtete über die zahlreichen Schwierigkeiten, mit denen Pflegekräfte im Alltag konfrontiert seien, und machte deutlich, dass die Arbeit in der Pflege nicht nur körperlich anstrengend, sondern auch emotional sehr belastend sei.

Besonders ging Larissa auf die Situation von Frauen in der Pflege ein, da dieser Beruf überwiegend von Frauen ausgeübt wird. Viele von ihnen stehen vor der großen Herausforderung, Beruf und Familie miteinander

zu vereinbaren. Unregelmäßige Arbeitszeiten, Schichtdienste sowie Wochenend- und Feiertagsarbeit erschweren die Betreuung von Kindern und die Organisation des Familienlebens erheblich. Oft fehlt es an flexiblen Arbeitsmodellen oder ausreichender Unterstützung, was dazu führt, dass viele Frauen ihre Arbeitszeit reduzieren oder den Beruf ganz aufgeben.

Um die Situation zu verbessern, seien bessere Arbeitsbedingungen, mehr Anerkennung und fa-





milienfreundlichere Strukturen notwendig. Nur so könne der Pflegeberuf langfristig attraktiver werden.

Wir durften zudem den dbb Jugend-Chef Matthäus Fandrewski in Hannover begrüßen. Matthäus sprach über die Situation der Auszubildenden und machte deutlich, vor welchen Herausforderungen junge Kolleginnen und Kollegen heute stehen.

Besonders kritisierte er die geringe Vergütung während der Ausbildung. Viele Auszubildende könnten von ihrem Gehalt kaum leben und seien zusätzlich auf Unterstützung angewiesen. Dies wirke demotivierend und mache die Ausbildung für viele junge Menschen unattraktiv. Deshalb forderte er eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsvergütung sowie eine fai-

re Bezahlung, die der geleisteten Arbeit entspricht.

Darüber hinaus setzte sich Matthäus für eine sichere Übernahme nach der Ausbildung ein. Junge Fachkräfte bräuchten Perspektiven und Planungssicherheit, um im Beruf bleiben zu können.

Abschließend machte Matthäus deutlich, dass faire Besoldung, Wertschätzung und gute Zukunftsaussichten entscheidend seien, um junge Kolleginnen und Kollegen zu motivieren und dauerhaft zu binden.

Der dbb niedersachsen bedankt sich ausdrücklich bei allen Teilnehmenden für ihr Engagement, ihre Solidarität und ihren Einsatz – trotz Kälte, Eis und aller Widrigkeiten.





## Protest in Hamburg

# Norddeutscher Schulterschluss im Tarifkonflikt

Mehr als 2.200 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes haben am 10. Februar 2026 in Hamburg ein deutliches Signal an die Tarifgemeinschaft deutscher Länder gesendet. Mit einer gemeinsamen Protestaktion machten sie ihrem Unmut über die Blockadehaltung der Arbeitgeber in der Einkommensrunde 2026 Luft. Die Botschaft war klar: Die Lage ist ernst – und die Geduld der Beschäftigten begrenzt. Einige Teilnehmende verliehen ihrem Protest besonderen Nachdruck und sprangen symbolträchtig in die winterlich kalte Elbe.



➤ Andreas Hemsing und Alexander Zimbehl

### ➤ Mutiges Zeichen aus Niedersachsen

Für besondere Aufmerksamkeit aus Niedersachsen sorgte die **Mitarbeiterin der Geschäftsstelle, Vanessa Bucceri**, die stellvertretend für den dbb niedersachsen gemeinsam mit anderen Protestierenden in die Elbe stieg. Ihr Einsatz unterstrich symbolisch, dass Solidarität im öffentlichen Dienst keine Ländergrenzen kennt. Die Botschaft: Die Beschäftigten der Länder stehen fest zusammen – auch wenn es ungemütlich wird.

### ➤ „Ohne uns geht es nicht“

In seiner Rede fand dbb Vize Andreas Hemsing klare Worte. Er zeichnete das Bild eines Landes ohne funktionierenden öffentlichen Dienst: keine Lehrkräfte, keine Polizei, keine Pflegekräfte. „Dieses Gedankenspiel zeigt ganz deutlich: Ohne uns geht es nicht“, betonte Hemsing vor den

Demonstrierenden. Er verwies auf die angespannte Personalsituation. Bereits heute fehlten bundesweit mehr als 600.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Gleichzeitig sei das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates auf einem Tiefpunkt. Um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten, brauche es attraktive Arbeitsbedingungen – dazu gehöre vor allem eine angemessene Bezahlung.

### ➤ Steigende Lebenshaltungskosten verschärfen den Druck

Auch die steigenden Lebenshaltungskosten wurden auf der Kundgebung thematisiert. Thomas Treff, Vorsitzender des dbb hamburg, verwies auf die angespannte Situation in den Großstädten. Seit Jahren kletterten die Mieten, zugleich schrumpfte die Kaufkraft im Alltag spürbar. Besonders Beschäftigte in unteren Einkommensgruppen seien zunehmend belastet und auf ein deutliches Einkommensplus angewiesen.

### ➤ Forderung nach zeit- und systemgerechter Übertragung

Kritik kam zudem aus Schleswig-Holstein. Kai Tellkamp, Vorsitzender des dbb schleswig-holstein, wandte sich gegen Überlegungen, ein mögliches Tarifergebnis zeitlich verzögert auf die Beamtinnen und Beam-

ten zu übertragen. Bereits eine solche Ankündigung noch vor Abschluss der Verhandlungen sei respektlos und zeuge von mangelnder Wertschätzung. Eine Übertragung müsse zeit- und systemgerecht erfolgen, forderte Tellkamp.

### ➤ Gleiche Arbeit, gleiches Geld

Ein weiteres Thema war die Einkommenssituation im Straßen- und Verkehrsdienst. Hermann-Josef Siebigtheroth, Bundesvorsitzender der Fachgewerkschaft VDStr., kritisierte bestehende Unterschiede zwischen Landesbeschäftigten und Mitarbeitenden der Autobahn GmbH. Gleiche Arbeit müsse auch gleich bezahlt werden.

### ➤ Nachwuchs im Blick

Die Perspektive der jungen Generation brachte Matthäus Fandrewski, Vorsitzender der dbb jugend, ein. Angesichts des Fachkräftemangels stehe der öffentliche Dienst in direkter Konkurrenz zur Privatwirtschaft. Attraktive Ausbildungs- und Studienbedingungen seien deshalb unerlässlich. Eine Erhöhung um 200 Euro für Auszubildende und Studierende sei aus Sicht der Jugendvertretung notwendig.

Mit der Protestaktion in Hamburg haben die norddeutschen Beschäftigten ein kraftvolles Signal gesetzt. ■

### ➤ „Wir gehen baden, damit der Norden nicht absäuft“

Unter dem Motto „Wir gehen baden, damit der Norden nicht absäuft“ demonstrierten Gewerkschaftsvertretungen und Beschäftigte aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen ihre Geschlossenheit. Die Aktion war bewusst als starkes Zeichen des Nordens angelegt: In der laufenden Tarifaus-einandersetzung wollen die norddeutschen Länder zusammenstehen.

Für den dbb niedersachsen reisten der Landesvorsitzende Alexander Zimbehl sowie weitere Kolleginnen und Kollegen aus der Landesgeschäftsstelle und den Fachgewerkschaften an. Sie beteiligten sich aktiv an der Protestaktion.





Beschäftigte der Straßenverkehrsdienste VDStr. haben am 22. Januar 2026 drei Straßentunnel in Niedersachsen be- streikt. Vor dem Butterbergtunnel verschafften sich die Kolleginnen und Kollegen deutlich Gehör.

© dbb niedersachsen



Active Mittagspause in Nordhorn

## Gemeinsam stark, sichtbar, hörbar und entschlossen!

Im Rahmen der Tarifverhandlungen 2025/2026 haben zahlreiche Gewerkschaften gemeinsam mit dem 1. Landesvorsitzenden des dbb niedersachsen, Alexander Zimbehl, in zahlreichen Aktionen ein klares Zeichen gesetzt.

Mit vielfältigen Aktionen, engagierten Wortbeiträgen und spürbarer Geschlossenheit wurde deutlich: Unsere Forderungen stehen auf einem starken Fundament aus Solidarität, Verantwortung und Entschlossenheit.

Ob Kundgebungen, aktive Mittagspausen oder kreative Protestformen – die Beteiligten haben eindrucksvoll gezeigt, dass es um mehr geht als nur um Zahlen. Es geht um Wertschätzung, um faire Arbeitsbedingungen und um die Zukunft des öffentlichen Dienstes.

Dieses Engagement macht Mut und unterstreicht, wie wichtig Zusammenhalt in bewegten Zeiten ist. Wir bedanken uns ausdrücklich bei allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen, die unsere Forderungen sichtbar gemacht haben.

© DSTG



Mit einem bundesweiten Aktionstag hat der BTB am 26. Januar 2026 ein deutliches Zeichen in der Tarifrunde gesetzt. Auch in Hannover beteiligten sich die Kolleginnen und Kollegen an den Protesten.



Trotz eisiger Temperaturen haben sich am 28. Januar 2026 zahlreiche Mitglieder der DSTG vor dem Finanzamt Emden eingefunden, um gemeinsam in einer aktiven Mittagspause für unsere Forderungen in der Einkommensrunde zu demonstrieren.

© BTB



Am 9. Februar 2026 trafen sich die Bildungsverbände in Nordhorn zur „Aktiven Mittagspause“ und setzten gemeinsam ein starkes Zeichen zu den Tarifverhandlungen.

© dbb niedersachsen



Die Lehrerverbände (BLVN, PHVN, VBE, VLWN und VNL) im dbb niedersachsen haben am 29. Januar 2026 zu einer „Aktiven Mittagspause“ geladen, um in den Tarifverhandlungen Geschlossenheit zu demonstrieren.

© VLWN

## 7 Kilometer für 7 Prozent

### Starkes Signal für mehr tarifpolitische Anerkennung im Gesundheitswesen

Mit der Aktion „7 km für 7 %“ hat die GeNi – Gewerkschaft für das Gesundheitswesen im Rahmen der laufenden TV-L-Tarifverhandlungen ein deutliches und sichtbares Zeichen gesetzt. Die traditionelle Grünkohlwanderung wurde dabei bewusst politisch genutzt: Sieben Kilometer Wegstrecke standen symbolisch für die Forderung nach sieben Prozent mehr Einkommen – und für den Anspruch, dass das Gesundheitswesen endlich die tarifpolitische Aufmerksamkeit

erhält, die seiner zentralen gesellschaftlichen Bedeutung entspricht.

Unterstützt wurde die Aktion auch von der VDStr., die sich solidarisch an der Forderung beteiligte. Zudem lief der 1. Landesvorsitzende des dbb niedersachsen, Alexander Zimbehl, gemeinsam mit den Teilnehmenden mit und unterstrich damit die Rückendeckung des dbb für die Anliegen der Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Pflegekräfte und weitere Gesundheitsberufe sichern die Versorgung rund um die Uhr – 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr. Sie arbeiten unter hoher physischer und psychischer Belastung, tragen große Verantwortung für Menschen in Ausnahmesituationen und halten das Gesundheitssystem auch

dann aufrecht, wenn andere Bereiche an ihre Grenzen stoßen. Dennoch spielen diese Berufsgruppen in Tarifverhandlungen häufig nur eine Nebenrolle.

Diese anhaltende Unsichtbarkeit ist Ausdruck einer tarifpolitischen Schieflage. Das Gesundheitswesen wird vielfach als selbstver-



© GeNi (2)



ständig funktionierendes System wahrgenommen – unabhängig von Arbeitsbedingungen, Personalausstattung und Entlohnung.

Mit der Aktion „7 km für 7 %“ macht die GeNi unmissverständlich deutlich: Ein leistungsfähiges Gesundheitssystem braucht

mehr als symbolische Anerkennung. Dauerhafte Verantwortung und hohe Belastung müssen sich auch tariflich widerspiegeln. Wertschätzung ohne spürbare finanzielle Verbesserungen greift zu kurz und gefährdet langfristig die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.



## Anhörungen im Landtag

### ■ Besoldungsgesetz

Am 11. Februar 2026 fand eine Anhörung vor dem Finanzausschuss des Niedersächsischen Landtages zu den geplanten Änderungen des niedersächsischen Besoldungsgesetzes statt. Dazu durfte Alexander Zimbehl für den dbb niedersachsen Stellung beziehen.

Auf folgende Punkte ist der Landesvorsitzende deutlich eingegangen:

> Der dbb niedersachsen begrüßt durchaus die Schaffung einer weiteren Sonderzahlung für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten.

Aber:

> Diese Sonderzahlung darf auf keinen Fall, wie beabsichtigt, die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger aussparen. Denn diese leiden genauso unter den, wie in der Gesetzesbegründung formulierten, deutlichen Erhöhungen der Lebenshaltungskosten

> Ferner irrt man seitens des Finanzministeriums in der Annahme, dass man durch Bildung dieser Sonderzahlung die verfassungswidrige Alimentation auch nur im Ansatz reparieren kann. Eine Sonderzahlung ist ein „besoldungsfremdes“ Instrument, wirkt sich nicht auf das Ruhegehalt aus und ist schon allein deshalb ungerecht.

> Die Berechnungsgrundlagen für die Sonderzahlung befinden sich auf den geringsten Vergleichswerten, die man nur an-

nehmen konnte. Das niedersächsische Finanzministerium hat sich „größte Mühe“ gegeben, die Auswirkungen der jüngsten Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts zur Beamtenbesoldung in Berlin auf Niedersachsen bezogen „herunterzurechnen“:

> Niedersachsen wird, unabhängig von der Verfassungsmäßigkeit der Alimentation, mit derlei Maßnahmen keinesfalls die hinteren Ränge des Besoldungsvergleichs zu anderen Bundesländern verlassen können. Im Bereich A 11 befinden wir uns im Mittelfeld, in nahezu allen anderen Besoldungsstufen belegen wir die hintersten Plätze

> Unabhängig davon hat der Gesetzgeber bei seinem Entwurf wesentliche Aspekte des Beschlusses des BVerfG zur Beamtenbesoldung in Berlin unbeachtet gelassen!

Aus diesem Grunde hat Alexander Zimbehl im Landtag eines deutlich gemacht, dass nun endlich Schluss mit Flickschusterei sein muss. Die Alimentation kann nur durch ein durchgängiges Anpassen der Besoldungstabellen verfassungsgemäß gestaltet werden. Zudem sind Besoldung und Versorgung untrennbar miteinander verbunden! Auch die Pensionäre müssen von monetären Anpassungen profitieren.

### ■ Reform des Niedersächsischen Disziplargesetzes

Die Diskussion um die „Reform“ des Niedersächsischen Diszipl-

nargesetzes und den Umgang mit Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst nimmt derzeit breiten Raum in der politischen Debatte ein. Im Rahmen der Sitzung des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtages hat der dbb niedersachsen hierzu umfassend Stellung genommen.

Unsere Haltung ist eindeutig: Verfassungsfeinde jeglicher Richtung haben im öffentlichen Dienst nichts zu suchen. Wir unterstützen jede Maßnahme, die bei entsprechendem Nachweis eine konsequente und sofortige Entfernung aus dem Dienst ermöglicht.

Gleichzeitig hat der dbb niedersachsen, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) und ver.di, deutlich gemacht, dass die bestehenden Mechanismen des Niedersächsischen Disziplinarrechts ausreichend und bewährt sind. „Das über Jahrzehnte entwickelte System der Disziplinklage steht für Rechtsstaatlichkeit und gerichtliche Kontrolle. Die von der Landesregierung geplante Abkehr von diesem Instrument wird Verfahren nach unserer festen Überzeugung nicht beschleunigen, sondern komplexer und langwieriger machen“, stellte der 1. Landesvorsitzende des dbb niedersachsen, Alexander Zimbehl, klar.

Gerade bei so einschneidenden Maßnahmen wie der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis brauchen wir zwingend die Instanz der unabhängigen Justiz, insbesondere der Verwaltungsgerichtsbarkeit –, um Entscheidungen rechtssicher und fundiert zu treffen. Eine vorgelagerte

gerichtliche Kontrolle ist Ausdruck gelebter Gewaltenteilung und schützt sowohl den öffentlichen Dienst als auch die Betroffenen.

„Zudem darf nicht der Eindruck entstehen, dass es sich um ein strukturelles Problem innerhalb der Beamtenschaft handelt“, so Zimbehl. Die Zahl entsprechender Fälle ist nachweislich sehr gering. Die bekannten Fälle wurden konsequent geprüft und – wo erforderlich – mit Entlassungen beendet. Pauschale Verdächtigungen helfen weder der Demokratie noch dem Vertrauen in den öffentlichen Dienst.

„Verfassungsfeinde haben im öffentlichen Dienst keinen Platz. Maßgeblich bleibt jedoch stets die sorgfältige Prüfung des Einzelfalls. Bereits heute gelten im Beamten- und Disziplinarrecht besonders strenge Anforderungen aufgrund der Dienst- und Treuepflicht sowie des klaren Bekenntnisses zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung“, so Zimbehl.

Dabei muss es auch künftig bleiben – im Interesse der Demokratie und eines starken, rechtsstaatlich gebundenen öffentlichen Dienstes in Niedersachsen.

